

## **Rede zum Stellenbesetzungsverfahren Beigeordnete Ratssitzung am 01.07.21**

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Sie und andere Mitglieder des Rates haben hier mehrfach eindrucksvoll ihre Betroffenheit über den Ablauf des Bewerbungsverfahrens für die vakanten Beigeordnetenstellen zelebriert. Von „für immer verspieltem Vertrauen“ und „Geheimnisverrat“ war die Rede. Die allgemeine Entrüstung gipfelte in der Feststellung des Bürgermeisters, die Stadt Unna sei zur "Bananenstadt" verkommen. Die Auflösung des sogenannten Ältestenrates und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wurden angedroht. Hier bin ich noch immer gespannt darauf, ob auf das Bellen auch das Beißen kommt. Bangemachen gilt nicht, Herr Bürgermeister.

Bei allem verständlichen Unmut über den bisherigen Verfahrensablauf, sollten aber auch Sie nicht über das Ziel hinausschießen. Der Inhalt der Vorlage 0283/21, mit der sie den Abbruch des Besetzungsverfahrens beschließen wollen, ist für mich jedenfalls so nicht in Ordnung.

Ich darf das kurz begründen:

Los geht es mit dem ersten Satz der Sachverhaltsschilderung:

"Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Bürgermeister in seiner Sitzung am 16.06.2021 damit beauftragt, die Aufhebung der Stellenausschreibungen für die Beigeordnetenstellen der Dezernate 2 und 4 sowie den Abbruch der aktuellen Stellenbesetzungsverfahren vorzubereiten."

Es wird der Eindruck erweckt, diese Entscheidung des Ausschusses sei, wie bei den allermeisten anderen wichtigen Entscheidungen in dieser Stadt üblich, einstimmig oder mit großer Mehrheit gefallen. Das ist aber nicht so. Im Text fehlt mindestens das Wort "mehrheitlich" um den Sachverhalt objektiv darzustellen.

In der Vorlage heißt es weiter:

"Aus dem Entwurf der Vorbewertung der Verwaltung, welche der Auswahlkommission am 07.06.2021 zur Verfügung gestellt wurde, sind nicht nur vertrauliche Inhalte der Bewerbungen und deren vorläufige

Rankings an die Presse weitergegeben und dort veröffentlicht worden, sondern nahezu jedes nichtöffentliche Detail der Verfahren am jeweils nächsten Tag nach der kommissionsinternen Bekanntgabe bzw. nichtöffentlicher Beratung im Haupt- und Finanzausschuss."

Ich habe aufgrund Ihrer Vorlage noch einmal sämtliche Veröffentlichungen zu diesem Thema nachgelesen. Ihre Aussagen entsprechen so nicht der Wahrheit. Ich kann das beurteilen, denn ich war bei jeder dieser Sitzungen dabei. Entweder Sie verfügen über weitergehende Informationen, die Sie hier zurückhalten, oder Sie informieren den Rat hier nicht richtig. Beides wäre mindestens unschön.

Kommen wir zum nächsten Absatz.

Es heißt hier wörtlich:

"Mehrere Bewerber\*innen haben sich daraufhin bei der Verwaltung gemeldet und den Verlust der Vertraulichkeit beklagt. Die Reaktionen reichten dabei von Unmutsbekundungen über das Gebaren des potentiellen neuen Dienstherrn über den sofortigen Rückzug der Bewerbung (auch und insbesondere aus der Spitzengruppe der Bewerber\*innen), der Androhung rechtlicher Schritte, wenn weitere Details auch von sich in der Öffentlichkeit bekannt würden, bis hin zu Akteneinsichtsgesuchen und Androhungen von Klagen bereits in diesem frühen Verfahrensstadium."

Dieser Abschnitt ist erschreckend unkonkret und passt so nicht in eine neutrale Verwaltungsvorlage. Es verstöße gegen keinerlei Persönlichkeitsrechte, wenn man die genaue Zahl derer nennen würde, die sich tatsächlich beschwert, zurückgezogen oder mit Klage gedroht haben. Laut Vorlage müssen das ja eine ganze Reihe gewesen sein. Es haben sich im Verfahren insgesamt 23 Personen um die Stellen beworben. Der Großteil erfüllte die formalen Voraussetzungen der Ausschreibung. Nur eine einzige Bewerberin, die noch dazu ihre Bewerbung selber öffentlich gemacht hat, wurde in der Presse namentlich genannt. Von keiner anderen Person habe ich in der Presse gelesen, wenn man mal vom amtierenden Kämmerer unserer Stadt absieht, dessen Bewerbung ebenfalls hier und da kolportiert wurde. Ich begehe auch keinen Geheimnisverrat, wenn ich hier ausplaudere, dass potentielle Bewerberinnen und Bewerber beispielsweise aus Schwerte, Hamm, Dortmund, Mülheim/Ruhr, Hemer, Salzbergen (NDS), Geesthacht (SH), Hannover, Kiel und München stammen. Sie alle verfolgen tagesaktuell die Berichterstattung in der Unnaer Presse und reagieren derartig auf Artikel,

durch die sie persönlich in keiner Weise kompromittiert werden? Wer soll das glauben, meine Damen und Herren? Ich glaube es jedenfalls nicht.

Es handelt sich hier um höchst sensible Verwaltungsvorgänge, die nachvollziehbar und gerichtsfest dokumentiert werden müssen. Ich bin deshalb auch sicher, dass zu den einzelnen Einwendungen potentieller Bewerber entsprechende Aktenvermerke angelegt wurden. Wenn nicht, hätte der Bürgermeister jetzt ein Problem, denn ich behalte mir ausdrücklich vor, Akteneinsicht zu nehmen.

Zum Schluss möchte ich noch mein Befremden darüber zum Ausdruck bringen, dass wir heute ein laufendes Verfahren abbrechen sollen, für das keine Alternative aufgezeigt wird. Seit langer Zeit wird seitens der Verwaltung auf einen eklatanten Personalmangel hingewiesen, der gerade auch in der Führungsebene zu verzeichnen sein soll. Erlaubt es dieser Mangel tatsächlich, das Besetzungsverfahren bis in den Herbst zu schieben oder haben die Grünen noch keinen geeigneten Ersatzkandidaten gefunden?

Die FLU wird dem Abbruch des Stellenbesetzungsverfahrens natürlich nicht zustimmen. Uns ist es völlig egal, welcher Partei geeignete Bewerberinnen oder Bewerber angehören.

Klaus Göldner